



## ***24. Informationsblatt der KPF Brandenburg***

***Oktober 2016***

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

mit dem 24. Informationsblatt des Landeskoordinierungsrates der KPF Brandenburg wollen wir Euch über einen Brief in Kenntnis setzen, den der Landeskoordinierungsrat im September 2016 an den Landesvorstand und die Landtagsfraktion unserer Partei geschickt hat. Dieser Brief ist im engen Zusammenhang mit jahrelanger Analyse der Tätigkeit der Partei DIE LINKE im Landtag Brandenburg, veröffentlicht in zahlreichen Informationsblättern der KPF Brandenburg, der aktuellen politischen Entwicklung und vielfältiger Meinungen aus der Basis unserer Partei und aus Kreisen unserer Sympathisanten zu sehen.

Die jüngsten Wahlergebnisse zu den Landtagswahlen im Mecklenburg-Vorpommern und die aktuellen Wahlprognosen für das Land Brandenburg ließen bei uns die Sorge reifen, dass sich in Brandenburg ein ähnlicher Trend für die Landtagswahlen im Jahre 2018 abzeichnen könnte, wie in Mecklenburg-Vorpommern. Das betrifft vor allem den gegenwärtigen Aufwärtstrend der AfD und die zurückgehende Akzeptanz der Partei DIE LINKE und Ihrer Ziele. Dem wollen wir nicht wort- und tatenlos zusehen.

Wir freuen uns, dass wir vom Landesvorstand zeitnah eine Antwort zu unserem Brief erhalten haben, in dem sich unser Landesschatzmeister Genosse Ronny Kretschmer mit unseren Positionen auseinandersetzt. Auch diesen Antwortbrief geben wir Euch hier zur Kenntnis. Wir bitten Euch sehr herzlich, uns Eure Meinung zu unserem Brief und zur Antwort des Landesvorstands möglichst kurzfristig mitzuteilen. Nur so können wir weiter konstruktiv an der Gestaltung linker Politik in Regierungsverantwortung mitwirken. Nur so können wir die Meinung der Basis aufgreifen und weitertragen.

Mit solidarischen Grüßen

Bodo Hinkel

Sprecher

---

Sprecher: Bodo Hinkel, Herbert Meißner, Helmut Pannhausen

[www.dielinke-brandenburg.de](http://www.dielinke-brandenburg.de) → Partei → LAG und IG/Plattformen → Kommunistische Plattform

## **Brief des Landeskoordinierungsrates der KPF Brandenburg an Landesvorstand und Landtagsfraktion**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ein weiteres Mal wendet sich die KPF Brandenburg im Ergebnis umfangreicher Debatten mit der Basis unserer Partei an den Landesvorstand, die Landtagsfraktion und an unsere Minister.

Angeregt zu den nachstehenden Äußerungen haben uns insbesondere die beunruhigenden Ergebnisse zu den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

„Wir haben eine dramatische Wahlniederlage erlitten“, räumte der Landtagsabgeordnete und frühere Landesparteichef Peter Ritter am Montag im NDR-Fernsehen ein. Doch sei die Partei mit einem Gestaltungsanspruch angetreten und habe Alternativen für die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes entwickelt. „Das ist bei Wählern so alles nicht angekommen, wie wir das erhofft haben. Aber wenn man einen Gestaltungsanspruch hat, muss man auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen, und zwar Regierungsverantwortung“, betonte Ritter, dessen Partei mit 13,2 Prozent ihr bislang schlechtestes Ergebnis hatte. Die Linke warte nun auf die Signale des Wahlsiegers SPD. „Wir werden uns Gesprächen nicht verschließen und sehen, wo Gemeinsamkeiten da sind“, so Ritter weiter. In Vorgesprächen mit Sozialdemokraten habe er „eine ganze Reihe von Schnittmengen“ registriert, die wichtig seien, um das Land voranbringen zu können.

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben jedoch gezeigt, dass Regierungsbeteiligung der Partei DIE LINKE in einigen Bundesländern nicht nur eine Frage erfolgreicher Wahlkämpfe ist.

Bisher vorliegende Analysen machen deutlich, dass mit linker Regierungsbeteiligung durchaus einzelne Verbesserungen in Teilbereichen der Gesellschaft für Bürgerinnen und Bürger auf Landesebene möglich sind. Ein grundlegender Politikwechsel kann auf diese Weise jedoch nicht erreicht werden.

Man sollte sich einer wesentlichen Erfahrung nicht verschließen: Alle Erfolge in Gesetzgebung und Regierungshandeln müssen, wenn sie nicht auch Interessen der Herrschenden entsprechen, im täglichen Einsatz gegen öffentliche Geldnot, die Macht des privaten Unternehmens und gegen Manipulierung zugunsten der Marktinteressen in ihrer beabsichtigten Wirkung erst durchgesetzt, verteidigt und immer aufs Neue errungen werden.

Zunehmend wurden jedoch auch mit linker Regierungsbeteiligung öffentliche Mittel in Größenordnungen für die Aufrechterhaltung privater Wirtschaftsstandorte ausgegeben, ohne sie an gemeinwohlorientierte Kriterien wie Sicherung von Arbeitsplätzen, Tarifbezahlung, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, mehr Mitbestimmung etc. zu binden.

Insgesamt konnten durch Mitregieren der Linken die negativen Bundestrends und spezifische Nachteile für Erwerbsabhängige in den für sie wichtigsten Lebensbereichen auch in Brandenburg nicht aufgehoben werden. Es gab kaum strukturelle Eingriffe, die zu besseren Ausgangsbedingungen für künftige Entwicklungen, weg vom Neoliberalismus, beigetragen hätten.

Eine in der Präambel des Brandenburger Koalitionsvertrags und bei allen möglichen Gelegenheiten wiederholte Reduzierung der DDR auf Unrecht, auf "Stasitätigkeit" und "Stalinismus" etc. und pauschale Verurteilung und Distanzierung wurden als Ritual fürs Mitregierendürfen in Brandenburg verlangt und geübt.

Regierungsbeteiligung hat auch in Brandenburg nicht dazu geführt, dass Rechtsextremismus, entsprechende Gewalt und neofaschistisches Gedankengut zurückgedrängt werden konnten. Wo es solche Zurückdrängung gab, erfolgte sie nicht im parlamentarischen Raum, sondern auf der Straße durch die Aktivität der Antifaschisten. Als besonders nachteilig erweist es sich, wenn Polizei und andere Staatsorgane in einem von SPD und Linker regierten Land Naziaufmärsche schützen müssen und zugleich gegen antifaschistischen Widerstand eingesetzt werden. Nachteilig auch, wenn in einem solchen Bundesland die Bundeswehr entgegen der erklärten Friedenspolitik der Gesamtpartei, in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen für die Militarisierung der Politik werben darf und auf der ILA bedeutende Teile vom Militär beworben werden dürfen.

Die Folgen einer derartigen linken Regierungsbeteiligung mussten wir in Brandenburg anlässlich der Landtagswahlen vom 14.09.2014 mit erheblichen Stimmverlusten erfahren.

In der Zwischenzeit wurde in Brandenburg nach dieser Landtagswahl ein neuer Koalitionsvertrag ausgehandelt, von denselben Personen, die das katastrophale Wahlergebnis mit zu verantworten haben. Eine dringend notwendige Diskussion zum Inhalt dieses Vertrages wurde von der »Unrechtsstaat«-Diskussion mit Ursprung in Thüringen nicht nur überschattet, sondern auch teils verhindert.

Der ausgehandelte aktuelle Brandenburger Koalitionsvertrag stellt u.a. ein Loblied auf den Verfassungsschutz dar, beinhaltet die Gleichsetzung von Nazi-Verbrechen mit dem in der DDR begangenen Unrecht und fußt nicht zuletzt auf einer Präambel, die zwar nicht »Unrechtsstaat« sagt, jedoch genau diesen Begriff mit anderen Worten in Bezug auf die DDR umschreibt.

Bei der Frage nach Sinn und Notwendigkeit der Regierungsteilhabe ist von Zweck und Zielstellung der Partei, aktuell von ihrem geltenden Programm auszugehen.

Und wenn wir nach dem Parteiprogramm eine Regierungsbeteiligung nur dann als sinnvoll ansehen, wenn sie eine "Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchsetzen sowie einen sozial-ökologischen Richtungswechsel einleiten" kann, liegt auf der Hand, dass in Brandenburg gegenwärtig dafür die Voraussetzungen fehlen. Das wäre der mit dem Eintritt der Linken in die Regierung in Brandenburg versprochene oder verbal angestrebte, aber objektiv noch nicht erreichbare "Politikwechsel".

Seit 2009 hat die KPF Brandenburg die Arbeit des Landesvorstands, unserer Ministerin und Minister sowie der Fraktion im Landtag nicht nur konstruktiv begleitet, sondern sich, ausgehend von unseren Erfahrungen aus der Arbeit an der Parteibasis, kritisch eingebracht und ggf. auf Veränderung gedrängt.

So u.a. auch beispielsweise mit unseren Forderungen gegen den Missbrauch der ILA als Militärschau, gegen das Auftreten der Bundeswehr in Schulen und anderen Bildungs – und Erziehungseinrichtungen, gegen Rüstungsproduktion im Land Brandenburg. Reaktionen aus Landesvorstand und Fraktion auf unsere Stellungnahmen zur Regierungsbeteiligung unserer Partei erfolgten äußerst unbefriedigend oder gar nicht.

Über ein ähnlich ignorantes Herangehen an die Sorgen der Basis und der Wähler erfuhren wir von der Friedenskoordination Potsdam (FRIKO). In ihrem Bemühen um engere Kontakte fragte auch die FRIKO an, welche Maßnahmen unsere Fraktion, unsere Minister und unser Landesvorstand unternehmen, um den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam zu verhindern, um gegen die ILA und Rüstungsproduktion in Potsdam vorzugehen. In der Antwort an die FRIKO wurde der Einsatz der Landespartei für diese Ziele in Frage gestellt bzw. abgelehnt, weil man Rücksicht auf die „Koalitionsraison“ nehmen müsse.

Kommen wir zurück zum Wahlergebnis in Mecklenburg – Vorpommern. Die AfD stellt sich der Bevölkerung besser als Oppositionspartei dar, als es gegenwärtig der Partei DIE LINKE gelingt. Offensichtlich ist DIE LINKE nicht mehr nicht mehr die erste Adresse für Proteststimmen. Wir müssen uns fragen, warum werden wir nicht als die Partei angesehen, die denen eine Stimme gibt, die protestieren und eine sozialere Politik einfordern. Es ist daher die Verantwortung der LINKEN, sich als Oppositionspartei zu etablieren und auch so zu handeln. Die Ansätze für unsere Argumentationen müssen wir in der Systemfrage suchen und nicht in der Frage nach „Gestaltungsmöglichkeiten“ in dieser Gesellschaft.

Das trifft ebenso auf die Entwicklung in Brandenburg zu. Bereits bei der Landtagswahl 2014 war das Wahlergebnis für unsere Partei ein Absturz auf breiter Front, eine Katastrophe und auch eine herbe Enttäuschung für die KPF als Bestandteil der Partei.

Der LV und die Fraktion haben bislang nicht mit Konsequenz die Schlussfolgerungen aus den Landtagswahlen September 2014 gezogen.

Ansätze gab es:

- „Ein so weiter geht nicht“
- „Die Linke muss sich aus der Umklammerung der SPD lösen. Falsch wäre es, bei der Festlegung und Erörterung von Zielen immer zuerst die Frage zu stellen, was sagt die SPD dazu.“
- „Wir müssen für unsere Projekte kämpfen und nicht für die SPD“

Auf unserer Landeskonferenz im November 2015 haben wir dazu festgestellt: „Wir halten dieses Herangehen nicht nur für eine fachliche Frage, sondern für eine grundsätzliche strategische Frage und betonen erneut: Die Linke ist eine eigenständige sozialistische Partei, die SPD eine sozialdemokratische und letztlich sind und bleiben beide Parteien hinsichtlich ihrer Programmatik und Zielstellung konkurrierende politische Parteien. Die KPF Brandenburg unterstützt dieses neue Herangehen und wünscht dem LV und der Landtagsfraktion Kraft und Stehvermögen beim Durchhalten und Ausbau dieser Linie.“

Wir stellen uns heute die Frage: Wie wurden diese und andere richtigen Erkenntnisse in der Führungs- und Parteiarbeit im Landesverband umgesetzt? Für uns als KPF und für die Parteiöffentlichkeit ist davon wenig zu spüren bzw. zu erkennen.

Wenn auch nicht unerwartet, es gelang nicht, den Abwärtstrend in der Gunst der Wähler, der sich nicht erst seit den Europa- und Kommunalwahlen abzeichnete, zu stoppen, im Gegenteil.

Und dieser Trend setzte sich fort. In einer aktuellen Umfrage von Infratest Dimap kommt DIE LINKE in Brandenburg nur noch auf 17 Prozent. Damit würde die AfD mit 20 % die Linke als drittstärkste Kraft im Land verdrängen.

Die nachfolgenden Gedanken aus der Rede von Gen. Dietmar Bartsch bei der letzten Sitzung des Bundestages „Deutschland wird nicht von der Zuversicht, sondern von der Angst regiert“, sollten auch von uns im Land Brandenburg beachtet und ernst genommen werden:

- die Verunsicherung in der Gesellschaft war nie so groß, wie gegenwärtig
- Ihr hört uns nicht mehr zu
- Der soziale Zusammenhalt ist in Gefahr
- Aufgabe von Politik: das Land sozial und kulturell fit machen, Lebensqualität der Menschen vor Ort verbessern

Vom Landesvorstand und von unserer Landtagsfraktion erwarten wir Reaktionen auf dieses Schreiben und Vorschläge, wie dem weiteren Abwärtstrend für unsere Partei und dem Rechtsruck in der Gesellschaft entgegengewirkt werden kann.

Dazu gehört auch eine öffentlich wirksame Abrechnung der Koalitionsvereinbarung. Was wurde erreicht, was nicht und wo haben wir uns gegenüber der SPD nicht durchgesetzt. Wir als KPF Brandenburg erklären uns erneut bereit, daran mitzuarbeiten und unseren Beitrag zu leisten.

Es geht uns um eine wahrhaftige, ehrliche Antwort an unsere Partei und besonders natürlich an die Wählerinnen und Wähler. Haben wir das Vertrauen der Menschen in unserem Land gerechtfertigt, alles Richtige und Notwendige getan, was in unseren Kräften steht?

Die Antwort darauf wird, wenn sie ehrlich und offen und auf die zu lösenden Aufgaben gerichtet ist, Mut machen, in dieser Partei weiter zu kämpfen, sie nicht aufzugeben. In einer Koalition oder in einer fundamentalen Opposition, eine Option, die uns nicht unbedingt abwegig erscheint.

Befürchtungen, die SPD könnte sich bei den nächsten Wahlen einen neuen Koalitionspartner suchen, sollten uns von einem geradlinigen Verhalten bzw. Kurs nicht abhalten. Maßstab sind und bleiben das Parteiprogramm und die darauf aufbauende Strategie und Taktik des Magdeburger Parteitages.

Abschließend:

Unsere kritischen Gedanken sind getragen von der Verantwortung der KPF in der Partei. Außerdem wollen wir mit diesem Brief nicht die fleißige und anstrengende Arbeit der einzelnen Mitglieder des LV, der Fraktion und der Mitarbeiter der Geschäftsstellen negieren, im Gegenteil, ein Dank ist angebracht und notwendig.

Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg

i.A. Bodo Hinkel

Sprecher

## Antwort des Geschäftsführenden Landesvorstands



Landesvorstand Brandenburg

Alleestraße 3  
14469 Potsdam

Telefon 0331 / 20 00 924  
Telefax 0331 / 20 00 910

lsm@dielinke-brandenburg.de  
www.dielinke-brandenburg.de

Mittelbrandenburgische Sparkasse  
Konto-Nr. 1000969068  
BLZ 16050000

IBAN DE43 1605 0000 1000 9690 68  
BIC WELADED1PMB

An die  
KPF Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich möchte mich zunächst im Namen des Landesvorstandes für Eure Stellungnahme, mit den kritischen Anmerkungen und Hinweisen bedanken. Gern möchten ich darauf antworten.

Die Parteienlandschaft ist im Umbruch. Viele Menschen haben die Hoffnung aufgegeben, dass die bisherige Politik Lösungen für soziale Probleme liefern wird und wenden sich vermuteten „Alternativen“ zu.

Nahezu alle bisher im Bundestag und den einzelnen Landesparlamenten vertretenden Parteien büßten an Zustimmung bei den vergangenen Wahlen ein. Von dieser Regel gibt es Ausnahmen, wie W. Kretschmann mit den Grünen in BaWü und DIE LINKE in Berlin bewiesen haben. Überall (in Ost und West) gewinnt eine reaktionäre, deutsch-nationale Partei namens AfD hinzu. Besonders auffällig: Die AfD gewinnt nicht nur Stimmen aus allen Parteien, sondern vor allem aus dem Bereich der bisherigen Nichtwähler\*innen. Es gelingt ihnen aus einer aufgeheizten gesellschaftlichen Atmosphäre heraus, Menschen zu den Wahlurnen zu mobilisieren, die teilweise seit mehr als 20 Jahren nicht mehr an demokratischen Wahlen teilgenommen haben. Besonders stark ist dieser Trend in den sogenannten „abgehängten“ Gebieten, auf dem flachen Land und zum Teil auch in den sozialen Brennpunkten der Städte.

DIE LINKE kann diesen Protest nicht in Wählerstimmen für sich ummünzen. Dabei ist es völlig unerheblich, ob sie einen Wahlkampf aus einer Regierung heraus, einen Wahlkampf um eine Regierungsbeteiligung oder einen klaren Oppositionswahlkampf führt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ihr verweist in eurem Schreiben nur auf die desaströsen Wahlergebnisse von Landesverbänden, die entweder in der Regierungsbeteiligung sind beziehungsweise diese klar anstreben (Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern). Dies ist schlichtweg nur die halbe

Wahrheit. Auch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hat die LINKE nicht dazu gewonnen und das, obwohl sie einen sehr engagierten Oppositionswahlkampf geführt hat. Selbst zur Kommunalwahl in Niedersachsen mussten wir punktuell Verluste einfahren – vor allem in Gebieten mit großen (sozialen) Problemen (Wesermarsch; Leer). Dennoch zeigte sich hier, dass wir zunehmend in urbanen Gebieten signifikante Zugewinne verbuchen können.

Wir teilen diese vermeintlich einfache Wahrheit nicht, dass das Streben nach Regierungsbeteiligung oder die Regierungsbeteiligung an sich zu erheblichen Stimmverlusten führt. Das jüngste Wahlergebnis in Berlin beweist darüber hinaus sogar das Gegenteil. Jedoch wird auch in Berlin deutlich, dass die Parteienlandschaft in Bewegung geraten ist. DIE LINKE gewinnt absolut (85 Tsd. Stimmen) und prozentual (knapp 4 Prozent) hinzu, die Wahlergebnisse sollten trotzdem weiterhin zum gemeinsamen Nachdenken anregen. Wir gewinnen in allen westlichen Bezirken deutlich, sowie in den links-progressiven Milieus, verlieren dagegen in Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg – zwei bisherige Hochburgen. Die AfD hat hier wiederum ihre stärksten Ergebnisse und mobilisiert wie bei den vorherigen Wahlen die meisten bisherigen Nichtwähler\*innen. Erfreulich für uns ist die Tatsache, dass wir in Berlin ebenfalls deutlich aus dem bisherigen Nichtwähler\*innenlager gewonnen haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ihr schreibt, dass *„linke Regierungsbeteiligung durchaus einzelne Verbesserungen ... möglich sind. Ein grundlegender Politikwechsel kann ... nicht erreicht werden.“* und weiter: *„Zunehmend wurden jedoch auch mit linker Regierungsbeteiligung öffentliche Mittel in Größenordnungen für die Aufrechterhaltung privater Wirtschaftsstandorte ausgegeben, ohne sie an gemeinwohlorientierte Kriterien wie Sicherung von Arbeitsplätzen, Tarifbezahlung, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, mehr Mitbestimmung etc. zu binden. Insgesamt konnten durch Mitregieren der Linken die negativen Bundestrends und spezifische Nachteile für Erwerbsabhängige in den für sie wichtigsten Lebensbereichen auch in Brandenburg nicht aufgehalten werden. Es gab kaum strukturelle Eingriffe, die zu besseren Ausgangsbedingungen für künftige Entwicklungen, weg vom Neoliberalismus, beigetragen hätten.“* – Sicherlich, der Sozialismus wurde durch den Regierungseintritt der LINKEN in Brandenburg und anderswo nicht eingeführt. Doch wenn z. B. das Bahnwerk in Eberswalde vor der Schließung stand und linkes Regierungshandeln gemeinsam mit dem Protest der Bahnwerker\*innen und den Akteur\*innen vor Ort zum Erhalt von einigen hundert Arbeitsplätzen geführt hat – dann ist ein „gemeinwohlorientiertes Kriterium wie die Sicherung von Arbeitsplätzen“ erfüllt worden. Wenn z. B. durch linkes Regierungshandeln ein Vergabegesetz in Brandenburg eine Lohnuntergrenze von 9,- EURO vorzieht, der gesetzliche Mindestlohn aber nur 8,50 EURO, dann ist das eine konkrete Verbesserung bei der Tarifbezahlung. Wir könnten an dieser Stelle noch mehr Beispiele anführen, wie die Erhöhung der Ausgaben im Kita-Bereich, bis hin zur Einführung der Beitragsfreiheit in 2018, doch erstens würde es den Rahmen eines Antwortbriefes sprengen und zweitens möchten wir gar nicht verhehlen, dass auch Fehler begangen werden und nicht immer die „reine Lehre“ des Parteiprogrammes der Maßstab des Handelns ist. Vielmehr beschließt die Partei ausgehend von den Grundüberzeugungen, niedergeschrieben im Erfurter Parteiprogramm, spezifische Wahlprogramme, die (leider) in einer Koalition nicht 1:1 umgesetzt werden können. Dem

Koalitionsvertrag – und daran möchten wir erinnern – haben aber, bei einer Wahlbeteiligung von fast 76 Prozent aller brandenburgischen LINKEN-Mitglieder, mehr als 92 Prozent ihre Zustimmung gegeben. Zu diesem Koalitionsvertrag gehört die Präambel. In dieser wird klar benannt, dass es Unrecht in der DDR gegeben hat, eine Formulierung „Unrechtsstaat“ kommt darin – aus guten Gründen – nicht vor. Schon 1989 auf dem Sonderparteitag, erfolgte „Der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus als System“. Darin eingeschlossen war die Bekenntnis zur Verantwortung für das begangene Unrecht in einer Diktatur. Die Aufarbeitung der Geschichte und das Stellen und Stehen zu unserer Verantwortung wird nicht enden. Auch dazu finden sich im Parteiprogramm eindeutige Aussagen.

Ihr schreibt, dass die „Regierungsbeteiligung in Brandenburg nicht dazu geführt hat, dass Rechtsextremismus, entsprechende Gewalt und neonazistisches Gedankengut zurückgedrängt werden konnte.“ Ihr habt Recht, auch in Brandenburg, wie in der gesamten Bundesrepublik und in Gesamt-Europa, sind der Nationalismus und der Faschismus leider auf dem Vormarsch. Das dokumentiert sich in den Wahlergebnissen, wie auch in den Statistiken zu fremdenfeindlicher Gewalt. DIE LINKE als Partei, die LINKE in den Parlamenten und die LINKE in der Regierung in Brandenburg hat sich in der Vergangenheit und wird sich auch in Zukunft dieser Entwicklung mit aller Entschiedenheit entgegenstellen – gemeinsam mit der Zivilgesellschaft. Es macht aber einen Unterschied, ob Blockaden zu Naziaufmärschen von der Polizei gewaltsam geräumt werden, oder durch Abwägung der jeweiligen Einsatzleitung der Polizei vor Ort letztendlich erfolgreich sind. Es macht einen Unterschied, ob linke Minister\*innen Teil der Blockade sind oder die Polizei ultimativ auffordern zu räumen. es macht einen Unterschied, ob linke Abgeordnete Anmelder von Demonstrationen und Proteste sind und mit der Polizei verhandeln. Es macht einen Unterschied ob in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen durch Betreiben der LINKE in der Regierung der 8. Mai zum staatlichen Gedenktag wurde, in anderen Bundesländern im Übrigen nicht. Es macht einen Unterschied, ob es durch die linke Regierungsbeteiligung in einzelnen Bundesländern eine Mehrheit im Bundesrat gibt, die dazu geführt hat, dass es einen neuerlichen Verbotsantrag für die NPD beim Bundesverfassungsgericht gibt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

offensichtlich treibt euch die Skepsis, was Regierungsbeteiligungen betrifft. Die ist nicht unbegründet, da eine Regierungsbeteiligung an sich, keinen Wert darstellt. Eine linke Regierungsbeteiligung macht nur Sinn, wenn die Inhalte stimmen, wenn es zu konkreten Verbesserungen für die Lebenssituation der Menschen kommt. Wir sehen uns im Übrigen darin auf einer gemeinsamen Linie mit Sahra Wagenknecht, die im Sommerinterview beim ZDF klar zum Ausdruck brachte, dass eine Regierungsbeteiligung selbst auf der Bundesebene eine denkbare und realistische Option ist, wenn die Inhalte stimmen. Wir empfehlen euch dieses Interview. Ihr findet es entweder in der ZDF Mediathek oder bei YouTube.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in eurem Brief kommt die Sorge zum Ausdruck, dass das eigenständige Profil der LINKEN nicht mehr zum Tragen kommt, weil ihr zu wenig davon spürt oder zu erkennen glaubt. Seid versichert an Konflikten mangelt es nicht in der Koalition mit der SPD in Brandenburg, sei es bei der Frage der Ausstattung des Verfassungsschutzes, sei es bei der Beitragsfreiheit für Kitas, sei es bei der Einführung von Gemeinschaftsschulen, sei es bei der Verwaltungsstrukturreform usw. Landesvorstand, Landtagsfraktion und die linken Minister\*innen streiten gemeinsam darum, so viel wie möglich aus unserem Wahlprogramm umzusetzen. Nicht selten ist das sehr erfolgreich. Es mag sein, dass unsere Kommunikation dieser Bemühungen und Erfolge verbesserungswürdig ist. Man muss es auf der anderen Seite aber auch wahrnehmen wollen.

Jüngstes Beispiel ist das Strategiepapier der Landtagsfraktion zur weiteren Entwicklung des ländlichen Raumes. Auch hier setzen wir uns deutlich vom Koalitionspartner ab und wollen Perspektiven entwickeln, um den sogenannten „abgehängten“ Gebieten Zukunftsperspektiven zu geben. Das geschieht auch mit dem Ziel, den Rattenfängern von der AfD den Nährboden zu entziehen. Die Auseinandersetzung mit der AfD werden wir nur erfolgreich bestreiten können, wenn wir dem Nationalismus, dem Rassismus, der Islamophobie und dem Wertekonservatismus mit machbaren Alternativen begegnen und unsere Werte der Solidarität, des Friedens und der Weltoffenheit entgegensetzen.

Wir müssen uns dem Rassismus und sozialer Kälte weiter entgegen stellen. Protest ist nicht, wenn man nach unten tritt, sondern wenn man sich mit den Mächtigen anlegt. Das tun wir im Parlament und auf der Straße. Wir werden in den nächsten Jahren mit den Menschen diese Auseinandersetzungen führen und für ein soziales und solidarisches Brandenburg kämpfen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns gemeinsam streiten für eine bessere Gesellschaft.

Die PDS hatte in der Vergangenheit dazu eine eigene Strategie entwickelt, die auch heute noch Gültigkeit besitzt. Das „strategische Dreieck“ formulierte einen Dreiklang aus der Regierungsbeteiligung und der Arbeit in den Parlamenten – der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition – und dem gesamtgesellschaftlichen Umgestaltungsanspruch, dem Aufweisen von Alternativen zum Kapitalismus.

Erinnern wir uns daran und lasst uns wieder verstärkt daran arbeiten.

Mit herzlichen, solidarischen Grüßen,



Ronny Kretschmer

Liebe Genossinnen und Genossen,

Auch auf der Grundlage des Briefes von Genossen Ronny Kretschmer bleiben noch etliche Fragen offen.

Aber wir nutzen auch diese Gelegenheit, um ganz ausdrücklich die Arbeitsweise unseres Landesvorsitzenden Christian Görke bei seinem Brief an alle Parteimitglieder im Hinblick auf die Verwaltungsstrukturreform zu unterstützen. Ohne uns zu dieser Frage hier inhaltlich zu positionieren, stehen auch wir hinter dem Bemühen, zu solch wichtigen Dingen die Meinung der Parteimitglieder einzuholen.

Für solch wichtige Probleme halten wir auch folgende:

1. Das Wort „Koalitionsräson“ ist zum Reizwort für die Bezeichnung der Situation geworden, dass man in Regierungsverantwortung eigene Ziele nur bedingt umsetzen kann und Umstände und Entscheidungen mittragen muss, die den eigenen politischen Zielen nicht entsprechen.

Natürlich wissen wir, dass in einer Koalition Kompromisse unvermeidbar sind. Das Problem ist: Wo endet zulässiger Kompromiss, wo beginnt fauler Kompromiss, der durch „Koalitionsräson“ erzwungen wird?

2. Angesichts der aktuellen Situation in der Parteienlandschaft stellt sich die Frage, warum die Partei DIE LINKE nicht mehr erster Ansprechpartner für alle in der kapitalistischen Gesellschaft Benachteiligten ist und diese Position mehr und mehr an die AfD verliert.

Dabei ist zu beachten, dass sich die AfD in ca. drei Gruppen strukturiert.

- a) Die Funktionsträger als aktives Führungspersonal,;
- b) Die Masse der AfD-Mitglieder, die voll hinter der Programmatik der AfD steht, und
- c) Die Menge von AfD-Wählern, denen die Programmatik der AfD im Einzelnen gar nicht bekannt ist und die von ihr auch nicht unterstützt wird, die aber aus Unzufriedenheit mit der offiziellen Politik die AfD wählt.

Wir sollten uns auch künftig bei aller Pluralität in den Auffassungen auf derartige Schwerpunkte bei der konstruktiven Begleitung der Politik unseres Landesvorstands und der Landtagsfraktion konzentrieren.

Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg